



**Herabsetzung des aktiven
Wahlalters auf „16“ bei den
Kommunalwahlen in Bayern**

Argumentationshilfe

**WAHL
AB16!**

Meine Gemeinde. Meine Verantwortung.



Kolping

Kolpingwerk
Landesverband
Bayern

„Wer den jungen Menschen gar zu sehr vor jedem rauhen Lüftchen bewahren will, gleichsam über die junge Menschenpflanze eine Glasglocke stülpt, verdirbt sie oft von vornherein, weil sie dem frischen, oft rauhen Luftzuge des Lebens hintennach keinen Widerstand leisten kann.“

Adolph Kolping (Rheinische Volksblätter 1856, S. 246)

Vorwort

Adolph Kolping ruft uns mit dem nebenigen Zitat auf, den jungen Menschen Vertrauen entgegenzubringen. Vertrauen nicht nur, wenn es um den Erwerb des Führerscheins oder die freie Berufswahl geht – Vertrauen auch, wenn es um die Mitgestaltung des persönlichen Lebensumfeldes geht.

Wir, das Kolpingwerk Landesverband Bayern, und damit auch die bayerische Kolpingjugend, sind der festen Überzeugung, dass die jungen Menschen bereit und in der Lage sind, Mitverantwortung für ihre Mitwelt zu übernehmen.

Deshalb fordern wir den Bayerischen Landtag auf, endlich den gesetzlichen Rahmen zu schaffen, um jungen Menschen die Möglichkeit zur Verantwortungsübernahme zu geben.

Die bayerischen Korpingsfamilien, die Bezirks- und Diözesanverbände engagieren sich intensiv, um Kommunal- und Landespolitiker und -politikerinnen von diesem Ziel zu überzeugen und um Zustimmung zu werben.

Die vorliegende Argumentationshilfe soll auf allen verbandlichen Ebenen anspornen und ein hilfreiches Instrument für alle unterstützenden Gespräche und Aktionen sein.

TREU KOLPING

Erwin Fath

Stv. Landesvorsitzender

Kolpingwerk Landesverband Bayern

Inhalt

- 5 Einleitung
- 5 Selbstbestimmung & Verantwortung
- 6 Das politische Interesse & das politische Wissen
 - 6 Extreme Positionen
 - 7 Beeinflussung
 - 8 Interesse an Politik
 - 9 Es braucht mehr politische Bildung
 - 9 Jugendgerechte Politik
- 10 Schluss

Einleitung

Als Verband mit über 60.000 Mitgliedern in über 500 örtlichen Kolpingsfamilien in Bayern vertreten und leben wir die Ansicht, dass Jugendliche selbstverantwortlich, eigenständig und selbstbestimmt sich und ihre Interessen vertreten sollen. Als ein generationsübergreifender Verband sehen wir es außerdem als unsere Aufgabe an, uns gemeinsam für die Bedürfnisse einzelner Gruppen stark zu machen. Daher möchten wir uns als gesamtes Kolpingwerk für das aktive Wahlrecht von Jugendlichen ab 16 Jahren bei der Kommunalwahl stark machen.

Selbstbestimmung & Verantwortung

Verantwortung wird gelernt, in dem Verantwortung übernommen wird. Die Jugendarbeit, wie wir sie in der Kolpingjugend leben, zeigt, dass Kinder und Jugendliche bereit sind Verantwortung übernehmen, wenn sie ernst genommen werden. Bereits mit 15 Jahren machen viele ihre Gruppenleiterschulung und leiten dann Gruppenstunden, Sitzungen und Zeltlager. In der katholischen Kirche dürfen die Jugendlichen bereits ab 14 Jahren die Mitglieder des Pfarrgemeinderats wählen. Auch in den Kirchengemeinden übernehmen sie schon früh Verantwortung z.B. als Ministrantinnen und Ministranten. Jugendliche dürfen außerdem ab dem 14. Lebensjahr ihre Religion frei wählen und in eine Partei eintreten.

Dass Jugendlichen, was ihre berufliche Zukunft betrifft, durchaus schon Verantwortung zugetraut wird, wird bei der Argumentation gegen eine Absenkung des Wahlalters auch vergessen. Viele Jugendliche starten bereits mit 15 oder 16 Jahren in erste berufliche Ausbildungen und legen damit wichtige Grundsteine für ihr weiteres berufliches Leben. Jugendlichen wird also zugetraut, Meilensteine für ihr gesamtes weiteres Leben zu legen. Bei politischen

Entscheidungen für die nächsten sechs Jahre traut man ihnen eine verantwortungsvolle Entscheidung aber nicht zu.

Verantwortung kann nur von denjenigen übernommen werden, denen auch Verantwortung übertragen wird. Die Frage ist also viel weniger, ob Jugendliche die Verantwortung übernehmen können, sondern, ob wir als Gesellschaft bereit sind, Jugendlichen Verantwortung zu übertragen.

Das politische Interesse & das politische Wissen

Extreme Positionen

Ein Argument, das gerne gegen ein Wahlrecht unter 18 angeführt wird, ist, dass Jugendliche zu leicht beeinflussbar sind und daher zu extremen Positionen neigen. Betrachtet man die Ergebnisse der U18-Wahlen im Vergleich zu den amtlichen Wahlergebnissen, ist dieses Argument nicht nachvollziehbar. Nimmt man sich die Landtagswahl 2018 in Bayern als Beispiel, lassen sich folgende Wahlergebnisse feststellen:

	U-18 Wahl ¹	Amtliches Endergebnis ²
CSU	24,2%	37,2%
Bündnis 90/Die Grünen	23,3%	17,6%
Freie Wähler	5,4%	11,6%
AfD	8,3%	10,2%
SPD	11,4%	9,7%
FDP	6,1%	5,1%
Die Linke	4,3%	3,2%

Diese Ergebnisse zeigen, dass es an den politischen Rändern keine großen Abweichungen im Wahlverhalten gibt.

¹ <https://www.u18.org/vergangene-wahlen/2018-bayern/wahlergebnisse>

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1914/umfrage/wahlergebnis-der-landtagswahl-in-bayern/>

Beeinflussung

Vor allem auch die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es generationenübergreifend eine Anfälligkeit für Fake News und Verschwörungstheorien gibt. Hier braucht es nicht nur in den Schulen mehr Förderung der Medienkompetenz, um die gesamte Gesellschaft resistenter gegenüber demokratiefeindlichen Strömungen zu machen. Die fehlende Medienkompetenz in einem Teil der Gesellschaft nur den Jugendlichen anzulasten und sie auf ihrem Rücken durch das Verwehren des Wahlrechts auszutragen, ist nicht hinnehmbar.

Häufig wird befürchtet, dass sich Jugendliche bei ihrer Wahlentscheidung von ihren Eltern beeinflussen lassen. Es wird gar nicht zu bestreiten sein, dass sich zwischen Eltern und Kindern gewisse Übereinstimmungen im Wahlverhalten feststellen lassen. Der Sozialforscher Dr. Klaus Hurrelmann erläutert den Effekt folgendermaßen:

„Wir wissen aus Untersuchungen, dass tatsächlich der Einfluss der Eltern auf die Wahlentscheidung der Kinder groß ist. Er liegt nicht – wie viele meinen – bei 100 Prozent. Er liegt so ungefähr bei 50 Prozent. In der Hälfte der Fälle entscheiden sich die Kinder genau für die Wahlpräferenz, die auch bei den Eltern vorherrscht. In der zweiten Hälfte der Fälle nicht. Wenn wir genauer hinschauen, sind auch andere Abhängigkeiten in anderen Alters- und Beziehungskonstellationen auffällig. Partner, vor allem auch Ehepartner, wählen sehr häufig identisch. Sie beeinflussen sich gegenseitig. Menschen aus gleichen Berufsgruppen wählen häufig identisch. Es ist also nicht weiter überraschend, dass sich in einer bestimmten Lebenskonstellation mit bestimmten Netzwerken, Freundinnen und Freunden, Partnerinnen und Partnern auch das Wahlverhalten angleicht.“³

Es ist also anzunehmen, dass viele Jugendliche ein ähnliches Wahlverhalten wie ihre Eltern an den Tag legen würden, was aber auch daran liegt, dass

³ <https://www.dbjr.de/artikel/professor-klaus-hurrelmann-zu-wahlalterssenken/>

Kinder und ihre Eltern den gleichen sozioökonomischen Hintergrund haben und oft ähnliche Werte teilen.

Interesse an Politik

Ein weiteres Argument gegen die Absenkung des Wahlalters ist, dass Jugendliche sich gar nicht für Politik interessieren würden. Spätestens die Fridays-for-Future Bewegung sollte endgültig gezeigt haben, dass das nicht stimmt. Das Interesse für Politik, aber vor allem auch die Bereitschaft, sich für die eigenen politischen Interessen zu engagieren, ist auch bei Jugendlichen sehr groß. Die Shell-Jugendstudie zeigt, dass das Interessen an Politik von 2002 bis 2019 um 10% (von 30% auf 40%) gestiegen ist.

Es ist außerdem anzunehmen, dass die Absenkung des Wahlalters zu einem größeren Interesse an der Politik beitragen würde. Zum einen dadurch, dass Jugendliche nun Partizipationsmöglichkeiten hätten. Aber auch durch die Tatsache, dass Politiker und Politikerinnen in den Themen auch Jugendliche als potentielle Wählerinnen und Wähler berücksichtigten müssten. Das würde die Sichtbarkeit von Jugendlichen in den Wahlkampfthemen fördern und dadurch auch für mehr politisches Interesse bei ihnen sorgen.

Betrachtet man im Speziellen die Kommunalwahl, sind die Sachverhalte und Entscheidungen, die in den Gemeinden getroffen werden, vor allem deutlich weniger komplex und deutlich nahbarer als bei der Landes- oder Bundestagswahl. Auch geht es durch die offenen Listenwahlen deutlich mehr um Personen als parteipolitische Grundsätze. *Vielerorts bestehen bereits „Jugendbeiräte“ oder „Jugendparlamente“. Diese haben aber nur eine beratende Funktion, Entscheidungen sind weiterhin den Gemeinde-, bzw. Stadträten vorbehalten.* Es wäre für Jugendliche also ein guter Einstieg in die demokratische Beschlussfassung, bereits ab 16 in der Kommunalwahl mitentscheiden zu dürfen.

Zudem sei auch hier nochmal gesagt, dass es in allen Altersgruppen Personen gibt, die sich nicht oder nur sehr wenig für Politik interessieren, doch ist das

kein Grund ihnen das Wahlrecht abzusprechen. Hier wird für Jugendliche also ein ganz anderer Maßstab angelegt, als für diejenigen Bürger und Bürgerinnen, die bereits wählen dürfen.

Es braucht mehr politische Bildung

Die Jugendverbände leisten, durch die Möglichkeit sehr früh an demokratischen Prozessen und Entscheidungen teilnehmen zu können, einen wichtigen Beitrag in der demokratischen Bildung ihrer Mitglieder. Doch fehlt es leider an anderer Stelle, z.B. den Schulen, oft noch sehr stark an Ressourcen für die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen. Hier fehlt vor allem auch der konkrete Bezug, da die erste Wahl für viele Jugendliche noch Jahre entfernt ist. Bei einer Wahlalterabsenkung ist der Großteil der Jugendlichen noch schulpflichtig, sodass es möglich wäre, sie auf diese Wahl vorbereiten zu können.

Für die politische Bildung ist es außerdem essentiell, auch aktiv an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen teilhaben zu können. Nur theoretischer Unterricht zum Wahlsystem, wie er aktuell an vielen Schulen Realität ist, reicht als politische Bildung nicht aus. Wenn es das Ziel der Politik ist, aus jungen Menschen Demokratinnen und Demokraten zu machen, müssen sie politische und gesellschaftliche Teilhabe erleben. Denn es ist sehr heuchlerisch, auf der einen Seite jungen Menschen die Wichtigkeit von Demokratie und Wahlen zu vermitteln, sie aber als Gesellschaft von den entscheidenden demokratischen Prozessen auszuschließen.

Jugendgerechte Politik

Junge Menschen sind nicht wahlberechtigt und damit nicht Zielgruppe von Parteien und Wahlprogrammen, was zur Folge hat, dass die Interessen von jungen Menschen nur unzureichend Einzug in politische Entscheidungen erhalten. Das hat die Politik während der Corona-Pandemie mehr als deutlich bewiesen. Die Schließung von Schulen wurde viel schneller, länger und umfassender angeordnet, wie beispielsweise die Homeoffice-Pflicht für Arbeitneh-

mer und Arbeitnehmerinnen. Die außerschulische Jugendarbeit wurde sehr spät überhaupt in politischen Entscheidungen berücksichtigt. Stattdessen wurde von „feiernden und verantwortungslosen“ Jugendlichen gesprochen. Hier zeigt sich die fehlende Repräsentation von Jugendlichen und ihren Interessen in der Politik.

Es wird *über* Jugendliche gesprochen, statt *mit* ihnen.

Es wird *über* sie entschieden, statt *mit* ihnen.

Unser Sozialsystem beruht auf einem Generationenvertrag. Dieser Generationenvertrag funktioniert aber nur, wenn vorausschauend und bedacht mit den Ressourcen der zukünftigen Generationen umgegangen wird. Es ist aber für politische Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen verführerisch, den vorausschauenden Umgang mit den zukünftigen Ressourcen gegenüber dem schnellen Wahlerfolg hintenanzustellen. Weder die Renten- noch die Klimapolitik ist auf die jungen Menschen ausgerichtet. Was auch logisch ist, da sie für den Wahlerfolg irrelevant sind.

„Wir haben uns die Erde von unseren Kindern nur geliehen“, dieser Grundsatz muss sich auch endlich in der Politik zeigen. Ein unumgängliches Mittel dazu ist die Partizipation von Jugendlichen in der Politik.

Schluss

Doch all diese Argumente zeigen eines. Von Jugendlichen wird für das Erlangen des Wahlrechts verlangt, was kein volljähriger Bürger und keine volljährige Bürgerin erfüllen muss. Weder Verantwortungsbewusstsein, Reife oder politischen Wissen/Interesse sind Voraussetzung für die Wahl. Es ist alleine das Alter, an dem diese vermeintlichen Wahlvoraussetzungen festgemacht werden. So wie früher Frauen die nötigen Kompetenzen abgesprochen wurden, so sind es heute die Jugendlichen, über und für die in der Politik geurteilt und entschieden wird, die aber keine Möglichkeit haben, selbst Teil dieses Prozesses zu sein.

**„Wir ermutigen junge Menschen
zur gesellschaftlichen, politischen
und kirchlichen Tätigkeit.“**

Leitbild Kolpingwerk Deutschland (Ziffer 68)



Kolping

Kolpingwerk
Landesverband
Bayern

Verfasser

AG Wahlalter - Kolpingwerk Bayern
Zusammenfassung: Barbara Eberl

Herausgeber

Kolpingwerk Landesverband Bayern e.V.

Adolf-Kolping-Straße 1
80336 München

Tel: 089 / 59 99 69- 10

Fax: 089 / 59 99 69- 99

E-Mail: info@kolpingwerk-bayern.de

Internet: www.kolpingwerk-bayern.de

Verantwortlich: Wilhelm Breher, Geschäftsführer